

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, Anton Mahdalik und Stefan Berger betreffend „Erklärung gegen Islamismus und Terrorismus“, eingebracht im Rahmen der Debatte zum Budgetvoranschlag 2021 am 10. Dezember 2020 zu Post 1 (Generaldebatte)

Justiz-Akten und Aufzeichnungen, die einer Wochenzeitung zugespielt wurden, zeigen, wie sich der Wiener Attentäter Kujtim F. radikalisierte und wie er sich vor den Augen des Staates mit einem Sturmgewehr Zastava M70, einer Pistole und einer Machete auf das Attentat vom 2. November 2020, ab etwa 20 Uhr, vorbereitete. Zwei Monate nach seiner Haftentlassung, im Februar 2020, bekam er eine Gemeindewohnung in der Wagramer Straße und ab Mai 2020 bezog er Mindestsicherung. Der Staat und von der Justiz beauftragte Stellen haben seine Radikalisierung penibel dokumentiert.

Eine europaweit gut verschränkte Generation von Terroristen hat sich vor der Tat in Wien getroffen, die Szene ist blutjung und militant, indoktriniert durch Hassprediger und so viele Kanäle auf Twitter, Instagram, Telegram. Rund 300 Österreicher folgten dem Ruf ins Pseudo-Kalifat, manche von Wiener Schulbänken weg. Etwa 90 der 300, die für den Islamischen Staat kämpfen wollten bzw. kämpften, sollen bisher zurückgekehrt sein, 54 sitzen derzeit im Knast. 98 Gefährder stünden bereit, in Richtung Syrien oder Afghanistan aufzubrechen, sagt ein Wiener Verfassungsschützer. 120 Terrorverurteilte haben die Gefängnisse seit 2014 verlassen

Zwei Gebetshäuser soll Kujtim F. nach seiner Haft besucht haben: die Tawhid-Moschee in der Murlingengasse in Meidling und den Medit-Ibrahim-Vereinsraum, neben dem Ottakringer Bezirksamt. Der Verfassungsschutz kennt diese Adressen seit Jahren, das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie dokumentierte in einer Studie über Radikalisierung die Gefahr der Ottakringer Moschee. Salafistentreffen fanden und finden regelmäßig an verschiedenen Orten in Wien statt.

Bereits seit vielen Jahren sind radikal-islamische Umtriebe in Wien nicht von der Hand zu weisen. Trotz unzähliger Medienberichte, Reportagen, Vorfälle, Razzien, Verhaftungen und Gerichtsprozesse wird der Versuch unternommen, unsere demokratische Gesellschaft zu unterwandern, um von innen heraus eine Verschränkung religiöser und politischer Ziele herbeizuführen.

Über die Jahre hinweg konnte sich ein Islamistennetzwerk etablieren, doch speziell seit dem syrischen Bürgerkrieg hat sich die Lage massiv verschärft. Wien und Graz erwiesen sich als besonders fruchtbarer Nährboden für Hassprediger, denen es vornehmlich um die Rekrutierung junger Männer für den IS (Islamischer Staat) ging. Die Drehscheibe für deren Aktivitäten waren eine Moschee in Wien und das damalige Gebetshaus des „Furkan-Glaubensvereins“ in der Grazer Herrgottwiesgasse. Im November 2014 kam es zu einer österreichweiten Großrazzia mit Schwerpunkt in Graz, wie die „Kleine Zeitung“ vom 30. November 2014 zu berichten wusste: *„Die 13 Festgenommenen gehören zu einer Gruppe mit engen Verbindungen nach Bosnien.“* Die Verbindungen nach Bosnien bestätigten sich letztlich: *„Seit zwei Jahren gab es wiederum konkrete Hinweise, dass der in einem Wiener Gemeindebau lebende Hassprediger*

Mirsad O., Kampfname ‚Ebu Tejma‘ - übrigens ein Sozialhilfeempfänger und Vater von fünf Kindern - auch in Graz tätig ist. Donnerstagfrüh schlug die Polizei zu: sechs Festnahmen in Wien, darunter Mirsad O., sieben Verhaftungen in Graz.“ (Quelle: http://www.kleinezeitung.at/s/steiermark/chronik/4607910/Razzia_IslamistenNetzwerk-mit-Zentrum-in-Osterreich)

Daneben verlautbarten Experten des Landesamts für Verfassungsschutz, dass die Islamisten-Szene weiter hochaktiv sei: „Von 19 Moscheen- und Glaubensvereinen führen wir acht als ‚islamistisch‘ mit klaren Radikalisierungstendenzen. Und viele der insgesamt bis zu 200 IS-Kämpfer aus Österreich sind im Umfeld von Moscheen radikalisiert worden.“ (Quelle: http://www.kleinezeitung.at/s/steiermark/chronik/4694828/MAeD-CHEN-IN-UHAFT_Acht-von-19-Grazer-Moscheen-sind-islamistisch)

Es steht völlig außer Frage, dass islamistische Anschläge im Zusammenhang mit der Religion des Islams stehen. Dies gilt im Besonderen für extreme Auslegungsformen des Islams in Gestalt des Islamismus. Das Innenministerium bestätigte in einer Anfragebeantwortung vom 9. Februar 2016, dass 259 Personen von Österreich aus in den Jihad gezogen sind bzw. sich an diversen jihadistischen Vorhaben beteiligt haben. 40 Prozent der genannten 259 Personen waren Asylberechtigte, drei Prozent Asylwerber und zwei Prozent hatten einen sonstigen Aufenthaltstitel. (Quelle: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_07193/imfname_505209.pdf)

Im Mai des Jahres 2016 berichtete die „Kleine Zeitung“ umfangreich über die radikal-islamischen Strömungen: „Zudem radikalisieren Religionslehrer in den Schulen, und verschleierte Mädchen traktieren ihre nicht verschleierten Mitschülerinnen.“ So dramatisch beschreibt ein Experte der Landespolizeidirektion die Lage. [...] Diese Bewegung [Muslimbruderschaft, Anm.] habe in der Steiermark keine strafbaren Handlungen begangen, aber sie sei drauf und dran, unsere Gesellschaft zu ‚unterwandern‘. Insider wissen, dass sie sich vereinzelt schon im öffentlichen Dienst und mit Sicherheit in einer politischen Partei etablieren konnte. [...] ‚Es ist eine klassische Unterwanderung, die bereits stattfindet‘, sagt der Polizeiexperte. Auf einer höheren Stufe des Extremismus befinden sich die Salafisten, die ebenfalls unser Rechtssystem und alle unsere Werte strikt ablehnen und für einen Islam mit strengster Auslegung eintreten. Ziel der Salafisten laut Experten: die Islamisierung unserer Gesellschaft. Ganz oben in der Hierarchie des Islamismus stehen die Jihadisten, die den Heiligen Krieg ausschließlich als bewaffneten Kampf verstehen und auf pure Gewalt und auf Terror trainiert werden. Viele wurden als Kämpfer angeworben und kämpfen im syrischen Bürgerkrieg für den ‚Islamischen Staat‘ (IS).

Infolge der „Operation Luxor“ im November dieses Jahres kam es zu zahlreichen Razzien und Hausdurchsuchungen. Dabei wurden viele Details über betroffene Personen und Institutionen bekannt. So besuchte die Polizei in Wien die Stiftung eines ehemaligen Chefs der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGÖ) zwecks Hausdurchsuchung. Der Mann gilt schon seit langem als einer der Köpfe der hiesigen Muslimbrüder. Auch ein gebürtiger Syrer, der seit mehr als 40 Jahren in Österreich als Gründer von diversen Vereinen sowie einer Moschee in Wien aktiv ist und sich im ägyptischen TV 2013 als „eine der Führungskräfte der Muslimbrüder in Europa“ geoutet hat, steht unter Verdacht. Die Moschee sorgte vor knapp zwei Jahren für

Aufregung, weil dort extremistische Schriften aufgelegt sein sollen. Sowohl in dieser Moschee als auch beim Gründer und dessen Bruder kam es zur Hausdurchsuchung. SPÖ-Gemeinderat Omar Al-Rawi hat sich vor der Wien-Wahl auf Facebook auf Arabisch ausdrücklich für die Unterstützung des Bruders, einer Zielperson der „Operation Luxor“, bedankt. Der Wiener Gemeinderatsabgeordnete Omar Al-Rawi (SPÖ) wurde schon oft ins Eck der Muslimbruderschaft gerückt.

Bei einem Politologen, der sich im Auftrag einer türkischen Stiftung dem Kampf gegen die „Islamophobie“ verschrieben hat, wurde das Handy beschlagnahmt. Politisch pikant ist auch die Hausdurchsuchung bei einem in Wien lebenden Ägypter, der vor den Landtags- und Gemeinderatswahlen im Oktober 2020 intensiv für SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig geworben hatte. Die Facebook-Seite dieses Mannes enthält SPÖ-Werbung sowie bis vor Kurzem auch ein brisantes Bekenntnis auf Arabisch: „Gott schütze die Bruderschaft, ihre Männer und Frauen, und möge deren Märtyrer annehmen“.

Doch auch Al-Rawi kommt laut „Kurier“ in den Ermittlungsakten vor. In einem Fall geht es um eine "ordentliche Schule", die die Muslimbrüder in Wien errichten wollen. Und das abgehörte Gespräch zwischen einem Verdächtigen und Al-Rawi vom 25. Juni 2020 könnte durchaus brisant sein. Der mutmaßliche Muslimbruder fragt, ob Al-Rawi sein Anliegen an den Bürgermeister weitergeleitet hat. Der SPÖ-Abgeordnete sagt daraufhin, dass dies vor der Wahl kein Thema werden solle. In einem weiteren Telefonat von zwei Verdächtigen ist die Rede davon, dass Al-Rawi deswegen mit Bildungsstadtrat Jürgen Czernohorszky (SPÖ) gesprochen habe. Dieser habe versprochen, Bescheid zu geben, sofern er von aufgelassenen Schulen höre. Auch bei dem dritten Telefonat geht es darum, ob der Bürgermeister schon "von der Sache" wüsste.

Der amtsführende Stadtrat Czernohorszky bestätigt den Kontakt: "Ja, ich wurde auf die Gründung einer Privatschule durch einen bekannten Politikwissenschaftler angesprochen. Auch der Bürgermeister soll davon gewusst haben.

In Graz wurden das Islamische Kulturzentrum (IKZ) und die Wohnung von dessen Obmann durchsucht. In Wien wurde der Ableger des gleichnamigen Wiener Vereins „Liga Kultur“, der auf Facebook auf Yusuf al-Qaradawi, auch Autor des Buches „Erlaubtes und Verbotenes im Islam, welches Jahrelang im Schulunterricht verwendet wurde, verlinkt. Der in Katar lebende Vordenker der Muslimbruderschaft predigt die Todesstrafe für Abfall vom Islam und befürwortet Selbstmordattentate. Den Holocaust hält er für eine Strafe Gottes.

Fotos belegen nun Verbindungen des SPÖ-Gemeinderates Omar Al-Rawi zum Verein „Liga Kultur“, der sich offen zur Muslimbruderschaft bekennt.

Wie ein Bericht von Univ. - Prof. Dr. Ednan Aslan, Institut für Islamische Studien, Universität Wien, mit dem Titel „Evaluierung ausgewählter Islamischer Kindergärten und -gruppen in Wien - Tendenzen und Empfehlungen - bereits 2016 aufgezeigt hat, gilt „die Muslimbruderschaft national als auch international als radikale Verfechterin des politischen Islams und betreibt zahlreiche Bildungseinrichtungen und Kindergärten bzw. -gruppen in Wien. Gerade moderne dschihadistische Bewegungen sind geradezu aus Bewegungen wie der Muslimbruderschaft, Hizb ut Tahrir u.a. entstanden.“ Einige arabische Moscheen aber auch Jugendorganisationen arbeiten sehr eng mit der

Muslimbruderschaft zusammen. Damit hat er schon vor Jahren vorweggenommen, was sich heute in zahlreichen Vereinen, Einrichtungen oder sonstigen islamischen Institutionen bzw. Organisationen abspielt.

Am 6. Oktober 2017 erschien in der „Kleinen Zeitung“ ein Artikel über die Ausbildung von Islamlehrern: *„Die Muslimbruderschaft soll bei der Ausbildung von islamischen Religionslehrern bereits eine Schlüsselposition einnehmen. Auch in Schulen, bei der Integration, im öffentlichen Dienst und sogar in politischen Parteien üben sie bereits ihren Einfluss aus, weiß man bei den Sicherheitsbehörden.“* Viele der nach Österreich ausgewanderten Muslime gehören der Muslimbruderschaft an, *„deren Ziel die islamische Weltherrschaft sei“*.

Eine Studie der „George Washington University“ in Kooperation mit der Universität Wien warnte vor Aktivitäten der islamistischen Muslimbruderschaft in Österreich. Diese verfüge über „beträchtliche Verbindungen und Einfluss“, Ziel sei „die graduelle Islamisierung der Gesellschaft“, so der Extremismusforscher Lorenzo Vidino. *„Zu diesem Zweck habe die Muslimbruderschaft in vielen europäischen Staaten inzwischen ‚ein Netzwerk aus sozialen Organisationen, Bildungseinrichtungen und Unternehmen‘ aufgebaut. [...] Laut Vidino haben der Muslimbruderschaft nahestehende Personen und Organisationen Schlüsselpositionen für das Leben von muslimischen Zuwandern [sic!] in Österreich übernommen. So stehe etwa die IRPA – sie ist für die Ausbildung von islamischen Religionslehrern verantwortlich und gehört zur Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) – aufgrund verschiedener Verbindungen zur Muslimbruderschaft ‚zweifellos unter deren Einfluss“*. (Quelle: <http://derstandard.at/2000064074381/Studie-warnt-vor-Einfluss-der-Muslimbruderschaft-in-Oesterreich>)

Die erst im Juli 2020 stattgefundene mediale Berichterstattung über eine Studie der Stadt Graz und des österreichischen Integrationsfonds zu den Moscheen der Landeshauptstadt bestätigte abermals die seit Jahren vorgebrachten freiheitlichen Kritikpunkte. Die Forscher kamen zu dem Schluss, dass sich ein Teil der Gläubigen aktiv abschottet und bei Predigten dazu aufruft, sich bewusst nicht in die österreichische Gesellschaft zu integrieren und Parallelgesellschaften zu entwickeln. Wer die Mehrheitsgesellschaft dermaßen konsequent ablehnt, ist früher oder später auch offen für radikale Thesen. Es handelt sich bei diesen Moscheen also um Entwicklungszentren für fundamentalistische Moslems. (Quelle: <https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5837148/Neue-Studie-Grazer-Moscheenvereine-hemmen-die-Integration>)

Sogar ÖVP-Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka sah sich genötigt, von den Muslimen ein Bekenntnis zur österreichischen Verfassung zu verlangen. Die „Presse“ berichtete darüber am 23. Juli 2020 wie folgt: *„Den Kampf gegen den Antisemitismus hat Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) schon länger zu einem seiner Steckenpferde erhoben. Nun will er verstärkt auch dem politischen Islam entgegentreten: Sobotka verlangt von allen Muslimen in Österreich ein Bekenntnis ‚zu unserer Verfassung, zum Rechtsstaat, zu unseren Werten‘.“*(Quelle: <https://www.diepresse.com/5843232/sobotka-verlangt-von-muslimen-bekenntnis-zur-verfassung>)

Im Sommer 2020 enthüllten zwei französische Journalisten in ihrem Buch „Qatar Papers“ die Finanzierung des fundamentalistischen Islams durch Katar. Millionenbeträge sollen vom kleinen Wüstenstaat aus in europäische Moscheen und islamische Bildungsinstitutionen geflossen sein. Besonders brisant: In den Unterlagen finden sich

auch Bezüge zu Österreich. Wie die „Kleine Zeitung“ am 27. August 2020 berichtete, befindet sich unter den veröffentlichten Dateien auch ein Schreiben des ehemaligen Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft an den katarischen Botschafter in Wien. Es dürfte sich dabei um die Anbahnung der lange vermuteten Auslandsfinanzierung für das Islamische Kulturzentrum Graz handeln. Die damals aufgetauchten Dokumente sowie die Razzien des Novembers 2020 bestätigten, wovor die FPÖ immer gewarnt hat, nämlich, dass bei der Errichtung des Kulturzentrums große Spendensummen aus dem Ausland geflossen sein dürften. (https://www.kleinezeitung.at/politik/politikaufmacher/5858377/Spur-nach-Doha_Die-geheimen-Sponsoren-des-radikalen-Islam-in-Europa)

Der Terroranschlag in der Wiener Innenstadt war vor kurzem der traurige Höhepunkt einer Serie islamistischer Angriffe. Die Amokfahrt von Alen R. durch die Grazer Innenstadt im Jahr 2015, zahlreiche Jihadisten-Prozesse in der Landeshauptstadt Graz, die Eskapaden des verurteilten Terroristen Lorenz K. in der Grazer Haftanstalt Graz-Karlau, der Angriff auf die jüdische Gemeinde und deren Präsidenten, Kirchenschändungen sowie die Attacke auf eine 76-jährige Ordensschwester in einem Bus zu Allerheiligen sprechen für sich selbst.

Bereits im Jahr 2017 scheuten sich die politisch Verantwortlichen vor einer Verpflichtung, islamische Vereine und Organisationen zu einem Bekenntnis gegen den islamistischen Terrorismus sowie gegen den radikalen und politischen Islam einhergehend mit einem Bekenntnis zu einem säkularen Staat ablegen zu lassen (XVII. Gesetzgebungsperiode; Unselbstständiger Entschließungsantrag der FPÖ; EZ/OZ: 1931/6). Als billige Ausrede wurde gar ins Treffen geführt, dass nicht alle dem Islam nahestehenden Vereine und Organisationen bekannt seien, ein Armutszeugnis.

Jahrelang hatten Landes- und Bundespolitik die Gefahren des vorhandenen radikalen Islams gelehnet, relativiert und als freiheitliche Schauermärchen abgetan. Aufgrund der besorgniserregenden Bedrohungslage und des Verhaltens der dem Islam nahestehenden Vereine und Organisationen, von denen man leider immer noch keine Schritte einer wirklich glaubwürdigen Distanzierung vom Terrorismus vernehmen kann, wäre es höchst an der Zeit, eine finanzielle Förderung an eine Erklärung gegen den radikalen und politischen Islam zu knüpfen. Zusätzlich sollte eine Meldung an das Innenministerium erfolgen, wenn ein Verein, eine Person oder eine Organisation eine diesbezügliche Unterfertigung verweigert.

Selbst der SPÖ-Landesgeschäftsführer aus dem Burgenland kritisiert seine Partei, weil sie 2019 im Parlament gegen die Auflösung der religiösen Verbände Atib und Milli Görüs gestimmt hat und wörtlich „Die Sozialdemokratie muss sich international und national dazu entschließen, ein klares Bekenntnis zur Bekämpfung des politischen Islam abzugeben.“

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus und fordert gleichzeitig die Bundesregierung dazu auf, dass

1. alle in Wien agierenden Vereine, Organisationen und Moscheen(-vereine), welche dem Islam nahestehen oder einen islamischen Hintergrund haben, alle in Wien tätigen Islamlehrer, alle in Wien untergebrachten Asylwerber, alle, die eine finanzielle Förderung für Vereinen und Organisationen beantragen, welche dem Islam nahestehen oder einen islamischen Hintergrund haben sowie Einzelpersonen, die eine Projektförderung für ein dem Islam nahestehendes Projekt beantragen, eine von der Stadt Wien auszuarbeitende Erklärung gegen den islamistischen Terrorismus sowie gegen den radikalen und politischen Islam einhergehend mit einem Bekenntnis zu einem säkularen Staat unterfertigen.
2. bei Verweigerung der Unterfertigung durch jene genannten Vereine, Organisationen, Personen diese umgehend dem Innenministerium sowie zukünftig der „Dokumentationsstelle Politischer Islam“ zu melden sind.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.